

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 15. Oktober 1932

36. Jahrgang

Nummer 42

Kollege!

Dieser Aufsatz will etwas von Dir!

Die Reaktion in Deutschland hat auf politischem Gebiet wichtige Positionen einnehmen können. Dabei dient ihr die nationalsozialistische Bewegung, die aus der Not und den Wirnissen der Zeit heraus entstanden ist, als Stoßtrupp. Das wollen jene natürlich nicht wahr haben, und doch ist es so, und ebenso wahr ist, daß dadurch der Arbeiterschaft in Deutschland schwere Lasten aufgewälzt und Rechte genommen werden konnten, die nunmehr die Lebensmöglichkeiten der Arbeiter unerträglich zugespitzt haben. Die reaktionären Maßnahmen der jetzigen politischen Machthaber können noch schlimmere Zustände herbeiführen, die das Ende der Demokratie in Deutschland bedeuten. Das kann aber nur eintreten, wenn die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft verlagert, gleichgültig wird oder im gegenseitigen Streit ihren Charakter und ihre Widerstandskraft weiter zermüht. Der 6. November 1932, der Wahltag zum deutschen Reichsparlament, wird darüber zunächst Klarheit schaffen, er kann volle Klarheit bringen, wenn die Arbeiterwähler samt ihren Angehörigen den eisernen Willen dazu aufbringen. Sollte es unter den heutigen Verhältnissen wirklich Arbeiter geben, die das nicht wollen? Die nicht alles aufbieten, um der vollen Klarheit am 6. November zum Durchbruch zu verhelfen?

Die Gewerkschaften sind an dem Wahlausgang natürlich sehr stark interessiert, weil die dauernden Arbeiten für Aufgaben und Ziel der Gewerkschaften von der politischen Reaktion in der Reichs- und Länderführung nicht nur sehr erschwert, sondern ernstlich erschüttert werden können. Es besteht in der Tat die Gefahr, daß nach vollständiger Einnistung der Reaktion in der Politik auch ein verstärkter Ansturm gegen die Gewerkschaften einsetzt. Diese Verunsicherung entspringt nicht etwa ängstlichen Gedanken, nein, nur der Sorge, die organisatorischen Machtmittel der Arbeiterschaft nicht verkümmern zu lassen; denn die Gewerkschaften sind durchaus nicht Selbstzweck, sie sind der Ausdruck des Willens der Arbeiter zu erträglicher Lebensmöglichkeit, zur Freiheit als Mensch und Staatsbürger, zu höherer Kultur. Im gewerkschaftlichen Willen ist kein Raum für Heber- und Untermenschen, kein Raum für Vorrechte der Geburt und des Besitzes.

Daraus ergibt sich ohne weitere Worte eigentlich ganz von selbst die Haltung der Gewerkschaftsmitglieder im Wahlkampf und ihre richtige Handlung am Wahltag. Für die Gewerkschaftsmitglieder kommt selbstverständlich nur jene Partei in Frage, die immer und in jedem Fall die Leistungen, die Aufgaben und Ziel der Gewerkschaften stützt, schützt und fördert. Das ist nur allein die Sozialdemokratische Partei, abgekürzt die SPD. Mit ihr steht und fällt, was dem Arbeitsvolk im 20. Jahrhundert, kraft seiner angeborenen Rechte, seines längst erfolgten Mündigwerdens und seines jahrzehntelangen Strebens und Kampfes zusteht. Da nun die SPD nach Ansicht des einen oder anderen in ihren Handlungen mal verfehlt haben soll, das ist in dem großen Kampf, in dem wir stehen, so mindernichtig, so bedeutungslos, das darüber kein Wort zu verlieren ist. Schon die Tatsache, daß von rechts und links die SPD für alles verantwortlich gemacht wird, was aufs Konto ganz anderer Politiker und Machtgruppen zurückzuführen ist, sollte jeden aufrichtigen Kämpfer für Recht und Freiheit die Notwendigkeit der Wahl gerade dieser SPD ins Hirn hämmern.

Die nächsten Wochen werden widerhallen von dem politischen Kampf um die Macht. In diesem Kampf darf das Werden für die Gewerkschaft, für unseren Verband durchaus nicht in den Hintergrund treten. Ein Wahlkampf, der im kleinsten Dorf alles aufzurüttelt, ist sogar sehr geeignet, für den Verband zu werden; denn das siegreiche Eindringen der Reaktion in die Politik soll die wirtschaftliche Stellung der Arbeiterklasse untergraben. Diese Ziele aller dunklen Elemente in Deutschland können von den Berufskollegen am wirksamsten bekämpft werden durch Anschluß an den Verband.

Es braucht an dieser Stelle nicht auseinandergelegt zu werden, was die Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiter und Angestellten bedeutet. In den 14 Jahren nach Kriegsende haben sie Leistungen vollbracht, die spätere Geschlechter als Großtaten ersten Ranges bezeichnen werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind für das gegenwärtige Wirtschafts- und Kulturleben schlechthin undenkbar. Unter den Erwerbstätigen in Deutschland bilden die Arbeiter und Angestellten weitauß die Mehrzahl. Zerspaltener sind diese Millionen rein gar nichts, organisatorisch zusammengeschlossen bilden sie erst eine Macht. Die gewerkschaftlichen Organisationen bedeuten eine unbändige Kraft zur Kultur. In ihnen verkörpert sich das Zum-Licht-Drängen der im Dunkel stehenden Volksmassen, die in einer kapitalistischen Wirtschaft den wertvollsten Bestandteil bilden. Die bewusste Betonung der gesamten Arbeiterklasse als Machtfaktor bildet ihre unermessliche Stärke.

Das gewerkschaftliche und kulturelle Selbstbewußtsein ist nichts anderes als die Befreiung des Persönlichkeitsempfindens der arbeitenden Massen von Unwissenheit und Untertan. Die einfache Tatsache, täglich für Wirtschaft, Staat und Volk wertvoll tätig zu sein, berechtigt nicht allein zum Selbst- und Persönlichkeitsbewußtsein. Es muß eine Kraft dahinterstehen, die dies mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringt. Es wäre ein geradezu unerträgliches Kulturzustand, wenn so große Volksteile, wie es die Lohn- und Gehaltsempfänger innerhalb der modernen Volkswirtschaft sind, nicht kraftvoll empordrängen und persönliche, wirtschaftliche und kulturelle Anteilnahme auf allen Gebieten des Lebens forderten. Diese wenigen grundsätzlichen Bemerkungen dürften

jedem Kollegen klar zum Bewußtsein bringen, daß die erdumspannende Bewegung der Gewerkschaften im Wirbel der Zeit nicht zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden darf.

Und so sollte jedes Gewerkschaftsmitglied zu einem eifrigen Kämpfer für seine Ideen und seine Organisation werden. Wo anders sollen die in Fabriken, Werkstätten, Bauplätzen und Steinbrüchen zerstreuten Kollegen noch eine Vertretung ihrer ureigensten Interessen erhalten als bei der Gewerkschaft. Die Lohn- und Gehaltsempfänger zählten so lange zum vierten Stand der Gesellschaft, als sie sich ihrer Klassenlage noch nicht bewußt waren und sich noch nicht in Gewerkschaften zusammengeschlossen hatten. Mit Zuckerbrot und Peitsche suchte man die immer mehr anschwellende Masse der Arbeiter niederzuhalten. Erst als die Gewerkschaften entstanden und so weit erstarkten, daß sie beachtet, anerkannt und als Macht gewertet werden mußten, verbreitete sich langsam die Einsicht, daß hier die stärksten Kraftquellen der modernen Volkswirtschaft verankert liegen. Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß die gewaltigen Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft nicht auch in eine Klassenmacht zu verwandeln vermochten. Daraus ergibt sich, wie schwierig es ist, in Zeiten wirtschaftlicher Depressionen einfach erscheinende Dinge zum Bewußtsein größerer Menschenmassen zu bringen.

Die Riesengeschenke an die Landwirtschaft

Der Reichskanzler von Papen entwickelte sein großes Wirtschaftsprogramm vor dem westfälischen Bauernverein. Der zweite Teil des sogenannten Sanierungswerks wurde vom Ernährungsminister Freiherrn von Braun den bayrischen Bauern vorgetragen. Es ist sicher kein Zufall, daß ausgerechnet landwirtschaftliche Organisationen dazu ausersehen wurden, von Reichsministern die ersten Bekanntmachungen über wichtige Gesetzesvorberitungen entgegenzunehmen. Wenn in beiden Veranstaltungen die Erklärungen der Minister mit förmlichem Beifall angehört wurden, so ist dies hinreichend verdächtig. Wir besitzen eine einseitig orientierte Reichsregierung, die ihren ganzen Stolz darauf setzt, der Landwirtschaft gefügig zu sein. Und zu all den großen Liebesgaben, die diesem Teil der deutschen Wirtschaft seit Jahren gewährt wurden, treten nun noch die letzten großen Geschenke. Ein sehr harter Kampf ist gegen diese neuesten Maßnahmen geführt worden. Die Industrie, die Schifffahrt, der Handel, die gesamte städtische Bevölkerung hat gegen die neuen Gaben an die Landwirtschaft seit Wochen ernste Verwahrungen eingelegt. Das hat

die Regierung nicht im mindesten gehindert, ihrer Liebesgabenpolitik die Krone aufzusetzen.

Nun zu dem Programm selbst. Der derzeitige Minister gegen die Ernährung und für die Landwirtschaft hat Hilfe für die Landwirtschaft in folgenden Punkten zugesagt: Die langfristigen Hypotheken werden auf einen Zinssfuß von 4 v. H. gesetzt. Damit werden die Gläubiger für landwirtschaftliche Kredite in ihren Einkommen empfindlich geschädigt. Sie büßen 2 v. H. ihrer Zinsen ein. Für andere langfristige Schuldverschreibungen tritt keine Zinssenkung ein. Des weiteren wird eine umfassende Reorganisation der Kreditverhältnisse im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen in Aussicht genommen. Zu diesem Zwecke soll die Preußische Zentralgenossenschaftskasse auf das Reich übergeführt und mit großen Mitteln ausgestattet werden. Die Landwirte erhalten außerdem den sogenannten Vollstreckungsschutz. Es kann also hinsort kein Landwirt von seinen Gläubigern gezwungen werden, auf dem Wege der Zwangsvollstreckung seinen Verpflichtungen nachzukommen. Das Wichtigste ist aber die Einführung von Kontingenten für landwirtschaftliche Produkte. Verschiedene Sorten Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Schnittblumen, Obst, Trauben, Nadelholz und Papierholz, Schlachtrinder, Speck und Schmalz, Butter, Käse, Karpfen, Erbsen, Reisabfälle usw. sollen nur noch im Rahmen gewisser Kontingente eingeführt werden können, d. h. also, daß die Regierung dem Importeur das Recht nimmt, von diesen Produkten so viel einzuführen, wie es die Marktlage erfordert. Mit der Einführung von Kontingenten wird die bisherige Handelspolitik bewußt verlassen und ein Weg beschritten, der für die deutsche Wirtschaft direkt verhängnisvoll werden kann. Ein Land wie das unsrige, das mit 25 Milliarden Auslandsschulden belastet ist und von andern Völkern verlangt, diese Auslandsschulden in Form einer verstärkten Warenausfuhr abtragen zu können, geht dazu über, die Einfuhr wichtiger Produkte auf ein willkürliches Maß zu beschränken. Die Folge wird sein, daß die betroffenen Länder Gegenmaßnahmen ergreifen und die Einfuhr deutscher Industriewaren zu unterbinden versuchen.

Da Deutschland ein Industrieland ersten Ranges ist, und 20 v. H. seiner Bevölkerung von der Ausfuhr industrieller Waren leben, ist die neueste Wendung der Politik ein Schlag gegen die industrielle Bevölkerung. Die Regierung hat auf der einen Seite durch ein Wirtschaftsprogramm den Versuch gemacht, die Arbeitslosigkeit zu mildern, im gleichen Atemzug geht sie dazu über, die Exportindustrie empfindlich zu schädigen, eine Politik, die tödlicher zur Entlassungen von Arbeitskräften führen muß. Und dies alles, weil man den Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln nehmen will und um einer bestimmten Interessengruppe Geschenke zuzuschanden. Die Regierung hat sich trotz aller Proteste zu diesem Schritt entschlossen. Sie wird an dieser Maßnahme nicht viel Freude erleben. Recht bald wird sich herausstellen, daß die Lebensmittelpreise steigen und das Elend der städtischen Bevölkerung noch vergrößert wird. Aber darauf braucht eine Regierung der nationalen Konzentration keine Rücksicht zu nehmen. Desto stärker müssen wir dieser Regierung den Kampf ansagen.

Der Wahlkampf bietet die Gelegenheit dazu!

Gewerkschafter sein

heißt, den Nacken recken, die Fäuste ballen, vorwärts blicken und stark sein. Wenn das Elend rüttelt und Hunger schmerzt: wir werden nicht weichlich und schlapp. Wir fühlen das Recht, das mit uns geboren und das mächtiger als das Brutale der Wirtschaft ist.

Gewerkschafter sein

heißt, Bruder sein unter Brüdern. Wie du leiden alle. Keiner ist seines Schicksals gewiß. Jeden sucht man auszunutzen bis zum Aeußersten. Und dieses Unrecht am Menschen empört uns Menschen und schweiß uns zusammen zu einer Macht. Der Mensch in uns schreit und will.

Gewerkschafter sein

heißt, an die Gerechtigkeit glauben und das Göttliche fühlen, das aus uns heraus durch die vereinte Kraft die Seele einer anderen Ordnung sein soll.

Gewerkschafter sein

ist heiliger Dienst am Großen des Menschen.

Gewerkschafter sein

heißt, Gestalter sein an der Zukunft der Freiheit und der brüderlichen Verbundenheit und der innigen Gemeinsamkeit aller Menschen. Reih dich ein in die Front! Kollege, stehe nicht abseits! Sei Kämpfer mit uns! Sei uns Bruder!

Die „Junge Front“ muß bleiben!

Bei den letzten Wahlkämpfen waren erfreulicherweise viele, viele junge Streiter zu finden. Sie fanden sich in Gruppen zusammen, wirkten als Einzelne, demonstrierten, diskutierten, lebten, verteilten Flugblätter, bekämpften sich am ehesten und andauerndsten zum Dreifachen und zum Freiheitsruf, leisteten Schlepperarbeit, verteilten Sicherheitsdienst im Reichsbanner, wirkten in den Werbetrupps der Betriebe, Stempelstellen, Wohnzellen mit, schauten weder Wind noch Wetter und andere Strapazen und setzten oftmals sogar vorbehaltlos ihr junges Leben für den Sieg der Bewegung aufs Spiel.

Dieser Opfermut, diese Hingabe, diese kameradschaftliche Mitarbeit der Jugend darf nichts Einmaliges sein! Noch sind wir nicht „über den Berg“ hinweg. Herr Hitler, damit die deutschen Großgrundbesitzer, Industrie-, Kauf- und Bankherren versuchen immer noch, im Staat und in der Wirtschaft allein zu herrschen. Die Arbeitnehmerschaft soll nichts zu sagen haben, sie soll Lasten übernehmen, duldsam sein, wenn sie ohne oder in der Arbeit ist! Was sie unbedingt, notwendig zum Leben braucht, das will man ihr geben, aber nicht mehr, und keinesfalls soll das Gewährte rechtlich gesichert, staatlich anerkannt sein.

Keine der unsozialen Steuern wurde aufgehoben. Hunderttausenden jungen Arbeitslosen blieb weiterhin die Unterstützung entzogen. Millionen ihrer Genossen und Genossinnen werden mit ein paar Bettelstücken abgepeist. Im Betriebe schreitet die Ausbeutung der Jugend fort. Lohnabbau, Ferienarbeit, keine Arbeitszeitverkürzung, Schmälerung des Mitbestimmungsrechts im Betriebe, das sind auch neuerdings die Bestrebungen der Unternehmer. Stundenlöhne von 20, 25, 30 Pfennig gelten wieder als angemessen für die Jungarbeiterschaft. Die staatlichen Schlichtungsorgane helfen mit, die Tarifverträge verschlechtern. Entweder fällen sie Entscheidungen, die den Wünschen der Unternehmer Rechnung tragen, oder sie sagen, „wir haben an den Lohn- und Tarifkämpfen kein Interesse, da keine bedeutenden volkswirtschaftlichen und staatlichen Interessen bedroht sind“. Gerade den Gruppen, die viele jugendliche Beschäftigte aufweisen, wird das oftmals entgegnet. Man meint damit nichts anderes als die Tatsache, daß die Jugend bisher so wenig selbständig in der Vertretung ihrer Leistung und Lebensansprüche hervortrat und daß daher nichts zuungunsten der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu befürchten ist, wenn der Lohn und die Arbeitsbedingungen der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge besonders dem Druck der großen Wirtschaftskrise und dem brutalen Vorgehen der Unternehmer ausgesetzt werden. Eine Zurückhaltung in Gewerkschaftsangelegenheiten, ihr Jungen und Mädels, ihr Jugendlichen und Jüngerer der Arbeiterklasse, nicht man also in den gegenwärtigen Lohn- und Tarifkämpfen ganz rücksichtslos aus!

Zugleich geschieht nichts, was geeignet wäre, der langandauernden Arbeitslosigkeit Abbruch zu tun. Die Arbeitsbeschaffung für Hunderttausende, von den freien Gewerkschaften seit einem Jahre gefordert, seit Monaten in besonderen Plänen begründet und aufgezählt, ist von Staats wegen immer noch nicht durchgeführt. Die Monopolstellung des verschuldeten Großgrundbesitzes, der Konzerne, Syndikate, Kartelle ist so gut wie unangestastet geblieben. An dem wirtschaftlichen Notprogramm der Gewerkschaften geht die Regierung vorbei. Hitler unterlag in seinen Kreisen sogar eine Diskussion darüber. Er und seine Befürworter im Kreise der heutigen Machthaber in Deutschland haben andere Sorgen. Sie sehen republikanische Beamte ab, setzen nationalsozialistische und monarchistische ein (der Staat hat ja sovjet Geld!), und bereiten alles vor, um die Arbeitsdienstpflicht einzuführen.

Genug der Dinge und Taten! Rechts, rechts soll der Kurs der deutschen Republik gehen! Ist das nicht Grund genug, um als „Junge Front“ den Kampf aufzunehmen?

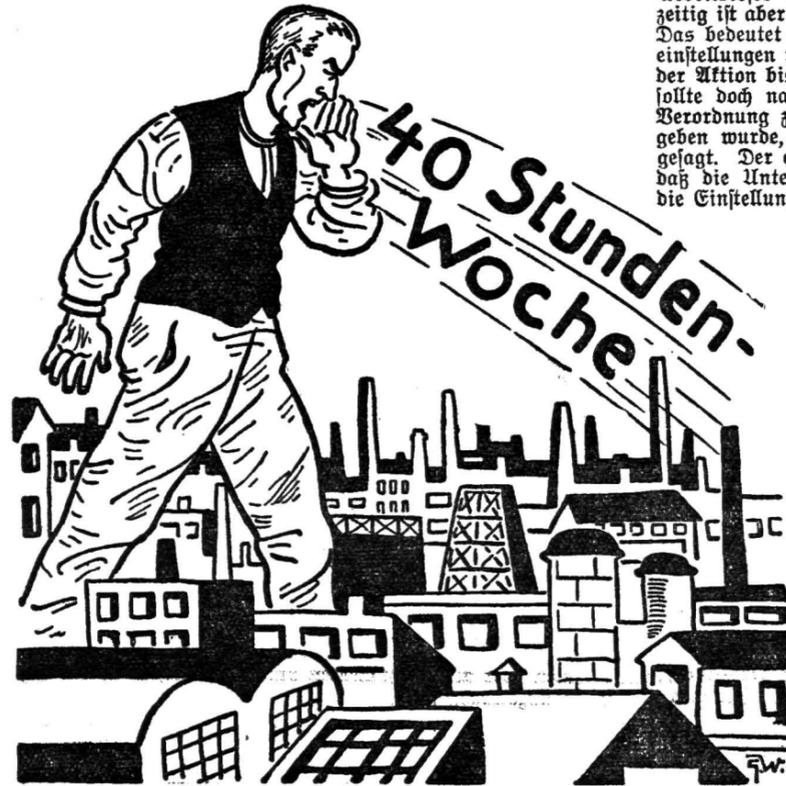
Die Gewerkschaften, ihre Errungenschaften, ihre Mitglieder werden von der Reaktion unter Terror gesetzt. Jeden Tag hagelt's Kriegserklärungen, jeden Tag werden die Tarifverträge gekündigt, Affordlöse gebrochen, Betriebe eingeschränkt oder stillgelegt, Arbeitnehmer entlassen oder zu Kurzarbeitern gemacht. Wie die Partei, so müssen jetzt auch die Gewerkschaften verteidigt werden. Die Not der Zeit hat die Jugend politisiert, hat in der Jugend den Willen erweckt, nicht nur den Jahren nach, sondern auch in der Art des Kampfes das „Jungvolk des Proletariats“ zu sein. Jetzt gilt es nun von neuem die Probe dafür abzulegen. Unsere Gegner berennen verstärkt unsere wirtschaftlichen Kampfpunkte. Sie wollen an das Fundament der Eisernen Front, an ihre Stützpunkte in den Betrieben und Büros heran. Wir müssen dem wehren! Jungbanner, Junghundertschaften, Junghammerschaften, SAJ-Genossen und -Genossinnen gehören darum immer noch als „Junge“ innerhalb der Eisernen Front zusammen. Sie müssen der Fortschritt werden, der jetzt in den Gewerkschaften den aufgezwungenen harten Kampf mitführt, der die unorganisierten Mitarbeiter einreißt in die Gewerkschaftsfront, der Störenfriede und andere, die theoretisch alles besser wissen, zurechtweist und aufklärt. In gemeinsamen Kundgebungen müssen die Uebergriffe der Unternehmer und die gewerkschaftlichen Forderungen dem Jungproletariat nahegebracht werden. In planmäßiger Schulungsarbeit sind in allen Gruppen die Gegenwarts- und die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften zu besprechen. Keiner unserer Klassengenossen darf aus Gleichgültigkeit, falschem Urteil oder aus Unwissenheit der Gewerkschaftsbewegung in dieser Notzeit fernbleiben. Keiner darf die bedeutende Funktion und Mission der Gewerkschaftsbewegung verkennen. Die Junge Front muß bleiben! Neue Aufgaben und neue Erfolge müssen sie noch inniger untereinander verbinden und müssen ihr in der großen, kampferprobten Eisernen Front noch mehr Freunde und weitere Anerkennung verschaffen. — Das war die einmütige Auffassung aller gewerkschaftlichen Jugendleiter, die kürzlich unter Führung des A D G B tagten. Nur in solcher Zusammenarbeit sehen sie eine wirkliche Einheitsfront der Arbeitnehmer entstehen.

Die „Pflege“ in der Unfallversicherung

Zu den Leistungen, die die reichsgesetzliche Unfallversicherung im Rahmen ihrer Krankenbehandlung zu gewähren hat, gehört nach § 558 b der Reichsversicherungsordnung auch die Gewährung der sogenannten Pflege. Die näheren Bestimmungen über diese Pflege enthält der § 558 c der RVO. Nach diesem ist die sogenannte Pflege dann zu gewähren, solange der Verletzte infolge des Unfalles so hilflos ist, daß er nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen kann. Nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes gilt ein Verletzter dann als hilflos, wenn er in regelmäßiger Wiederkehr, wenn auch nicht notwendigerweise an jedem Tage, für zahlreiche Verrichtungen des täglichen Lebens der Hilfe anderer bedarf. Nach einer anderen Entscheidung braucht die Hilflosigkeit nicht zeitlich ununterbrochen anzudauern, es genügt, wenn sie mit einer gewissen Regelmäßigkeit auftritt. Als Beispiel für den Begriff der Hilflosigkeit sei angeführt, daß der Verlust beider Unterarmen nach Lieferung von Kunstbeinen keine Hilflosigkeit bedingt. Die bei der Hilflosigkeit zu gewährenden Pflege kann in zweierlei Art und Weise gewährt werden. Einmal kann die Pflege in der Gestalt der erforderlichen Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenpflegerinnen oder auf andere geeignete Weise (Hauspflege) gewährt werden. Die zweite Form ist die, daß dem Verletzten ein sogenanntes Pflegegeld gezahlt wird. Dieses beträgt 20 bis 75 RM. im Monat. Das Pflegegeld ist dazu bestimmt, den auf fremde Wartung und Pflege angewiesenen Verletzten so zu stellen, daß er sich die erforderliche Wartung und Pflege beschaffen kann. Der Verletzte kann sich mit Hilfe des Pflegegeldes und durch dasselbe selbst Personen halten, die ihn pflegen können. Es brauchen dies nicht ausgerechnet ausgebildete Pflegerpersonen zu sein. Der Verletzte kann auch Angehörige, Verwandte usw. hinzuziehen. Wichtig ist, daß auch das Pflegegeld den Charakter einer Sachleistung und

nicht den einer Barleistung trägt. Dies führt dazu, daß es bei den Bestimmungen, die für die Höchstgrenze gelten, nicht mit angerechnet wird, sondern daß es da außer Anschlag bleibt. Einschließlich der Pflegezulage kann deshalb die Vollrente ohne Bedenken den Jahresarbeitsverdienst, der sonst als Höchstmaß der Rente gilt, übersteigen. Eine Anrechnung des Pflegegeldes findet weiter nicht statt, wenn wegen Zusammenstehens mehrerer Renten eine Rente oder ein Teil derselben ruht. Das Pflegegeld schwankt nach dem Geheh zwischen 20 und 75 RM. im Monat. Welcher Betrag zu gewähren ist, kommt ganz auf die Lage des einzelnen Falles an. Wichtig ist hier eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes, in der es heißt: „Die Verringerung des Betrages des gewährten Pflegegeldes ist eine wesentliche Verringerung der für seine Feststellung maßgebend gewesenen Verhältnisse voraus. Eine solche wesentliche Verringerung liegt nicht nur bei einer wesentlichen Verringerung der Unfallfolgen und des Grades der Pflegebedürftigkeit vor, sondern auch bei einer wesentlichen Veränderung sonstiger Umstände, die für die Höhe der für die Pflege zu machenden Aufwendungen von Bedeutung sind.“

Wichtig ist eine weitere gesetzliche Bestimmung, nach welcher auf Antrag des Verletzten Hauspflege gewährt werden muß, wenn die Uebernahme der Hilfe und Wartung den Angehörigen des Verletzten wegen Krankheit, Kinderzahl oder aus einem anderen wichtigen Grunde billigerweise nicht zugemutet werden kann. Hiernach kann der Verletzte die Pflege in natura durch Stellung einer Pflegeperson verlangen. Allerdings ist dies nur dann möglich, wenn die Wartung den Angehörigen aus einem der angeführten Gründe nicht zugemutet werden kann. Die Berufsgenossenschaft muß diesem Verlangen nachkommen. Geschieht dies nicht, so kann der Verletzte Rechtsmittel einlegen. Der erwähnte § 558 c enthält in seinem letzten Absatz noch folgende hier erwähnenswerte Vorschrift: „Die Genossenschaft kann mit Zustimmung des Verletzten Pflege auch in anderen Fällen als den bisher angeführten gewähren, namentlich dann, wenn die Aufnahme des Verletzten in eine Heilanstalt geboten, aber nicht ausführbar ist, oder ein wichtiger Grund vorliegt, den Verletzten in seinem Haushalt oder in seiner Familie zu belassen.“



Reichsarbeitsminister diktiert Friedenspflicht

In Nr. 40 der Gewerkschafts-Zeitung sind in dem Aufsatz „Weitere Tarifauflockerung! Größere Tarifbindung?“ noch einmal ausführlich die Gründe dargelegt, aus denen die Gewerkschaften eine Friedenspflicht gegenüber dem nach der Verordnung vom 5. September zulässigen Lohnabbau durch die einzelnen Arbeitgeber verneinen. Diese Gründe sind bisher in keinem Punkt widerlegt. Kein deutsches Gericht hat bis heute in der eigentlichen Streitfrage gegen die Gewerkschaften entschieden, geschweige denn, daß eine höchstgerichtliche Entscheidung vorläge. — Der Reichsarbeitsminister hat es trotzdem für angezeigt gehalten, seine der Auffassung der Gewerkschaften entgegenstehende Meinung nunmehr in einer Verordnung niederzulegen, die unterm 3. Oktober 1932 als „Dritte Verordnung zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitszeit“ erlassen worden ist und folgenden Wortlaut hat:

„Auf Grund der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitszeit vom 5. September 1932 (RGBl. I S. 439) § 13 Abs. 2 wird verordnet:

§ 1.

Die Erfüllung des Arbeitsvertrages nach Maßgabe der Verordnung vom 5. September 1932 gilt als dem Tarifvertrag entsprechende. Kampfmaßnahmen einer Tarifvertragspartei gegen die Durchführung der Verordnung durch eine andere Tarifvertragspartei oder eines ihrer Mitglieder gelten als Verletzung des Tarifvertrages.

§ 2.

Die Verordnung tritt mit Rückwirkung auf den 15. September 1932 in Kraft. Berlin, den 3. Oktober 1932. Der Reichsarbeitsminister. Schäffer.

Was ist durch diese Verordnung an der bisherigen Rechtslage geändert worden? Wir erklären eindeutig: nach unserer Auffassung nicht das mindeste!

Schon in dem erwähnten Aufsatz ist darauf hingewiesen, daß selbst wenn der Reichsarbeitsminister seine Meinung in einer Rechtsverordnung niederlegen würde, diese nicht durch § 13 der Verordnung vom 5. September 1932 getragen wäre, weil es sich wiederum nicht um eine Ergänzung, sondern um eine Verringerung und Erweiterung handeln würde. Daß Durchführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers sich im Rahmen der Geheh und der ihm erteilten Ermächtigung bewegen müssen, hat ja bekanntlich auch das Reichsarbeitsgericht in der Entscheidung über die Ruhrausperrung zweifelsfrei ausgesprochen.

Die Verordnung vom 5. September gestattet dem Arbeitgeber eine verminderte Erfüllung der sich aus dem Tarifvertrag ergebenden arbeitsvertraglichen Verpflichtungen. Weder die Verordnung vom 4. September, noch die Verordnung vom 5. September geben aber dem Reichsarbeitsminister das Recht, diese Erfüllung des Arbeitsvertrages als „dem Tarifvertrag entsprechend“ zu bezeichnen, noch viel weniger das Recht, eine Schadenerschaftspflicht der Gewerkschaften bei Kampfmaßnahmen gegen die Durchführung der Verordnung zu konstruieren. Ob eine Friedenspflicht gegenüber den Lohnföhrungsmaßnahmen der Arbeitgeber besteht, bleibt vielmehr nach wie vor eine Frage, die ausschließlich unter den Gesichtspunkten der Haftung aus den zwischen den Tarifparteien geschlossenen kollektiven Abkommen zu beurteilen ist. Der Tarifvertrag verpflichtet die Gewerkschaften aber nur zur Fried-

enspflicht gegenüber dem ursprünglichen vertraglichen Inhalt, nicht zur Duldung einer vom Tarifvertrag abweichenden Erfüllung der arbeitsvertraglichen Verpflichtungen.

Die Verordnung des Reichsarbeitsministers ist daher weder, wie in der offiziellen Pressemitteilung gesagt, eine „Klarstellung“, noch wird sie „in den beteiligten Kreisen jeden Zweifel über die Rechtslage ausschließen und unnötige Streitigkeiten und Prozesse vermeiden“. Klargestellt ist nur, daß der Reichsarbeitsminister eine andere Meinung vertritt als die Gewerkschaften — was wir aber auch bisher schon wußten —; die Rechtslage wird von den Gewerkschaften genau so beurteilt wie zuvor. Streitigkeiten und Prozesse werden darum bei der nach wie vor strittigen Rechtslage wohl auch in Zukunft nicht zu vermeiden sein.

Besonders bemerkenswert ist, daß der Reichsarbeitsminister seiner Verordnung sogar rückwirkende Kraft gegeben hat. Würde die Verordnung also Giltigkeit haben, was wir entschieden bestreiten, so würden Schadenerschaftsprühe gegen die Gewerkschaften sogar für die Vergangenheit geltend gemacht werden können. Ob auch diese Bestimmung der Vermeidung „unnötiger Streitigkeiten und Prozesse“ dienen soll, lassen wir dahingestellt sein.

Aufstieg oder Untergang?

Die bisherigen Maßnahmen der Papenregierung zur Behebung der Wirtschaft haben uns noch nicht einen Schritt weitergeholfen. Daran ändern auch nichts die optimistisch gefärbten Berichte amtlicher und nichtamtlicher Nachrichtenstellen. Die regierungsoffizielle Presse, und das ist heute die Unternehmerpresse, bringt täglich in Fettdruck stimmungsfreudige Nachrichten über den Erfolg der Anrufungsaktion. Tatsächlich sind auch Neueinstellungen vorgenommen worden. Das läßt sich nicht bestreiten. Ueber die Zahl der Neueinstellungen liegen genaue Berichte nicht vor. In der zweiten Septemberhälfte sollen aber rund 13 000 Arbeiter in den Produktionsprojekten wieder eingereicht worden sein. Bei 6 Millionen Arbeitslosen ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. Gleichzeitig ist aber die Zahl der Arbeitslosen nicht unerheblich gestiegen. Das bedeutet doch, daß mehr Arbeiter entlassen wurden, als Neueinstellungen vorgenommen worden sind. In dieser Hinsicht ist also der Aktion bisher überhaupt kein Erfolg beschieden gewesen. Dabei sollte doch nach dem Wortlaut der Regierungserklärung, die der Verordnung zur „Behebung der Wirtschaft“ mit auf den Weg gegeben wurde, die Arbeitslosigkeit zurückgehen. So wurde es doch gesagt. Der einzige Erfolg der Verordnung besteht bis jetzt darin, daß die Unternehmer, die Neueinstellungen vorgenommen haben, die Einstellungsprämie bekommen und gleichzeitig damit das Recht erhalten haben, die Tariflöhne zu senken. Insofern hat die Anrufungsaktion einen Erfolg für die Unternehmer gehabt, nicht aber für die Arbeiter. Sie können nur die Tatsache feststellen, daß sie ihr Einkommen ganz erheblich verringert hat.

Wir wollen der Regierung keine falschen Absichten unterstellen. Aber festgestellt werden muß, daß die ganze Art der Berichterstattung die Vermutung der Schönfärberei aufkommen läßt. Die amtliche Arbeitslosigkeit stimmt sehr nachdenklich. Nach dieser hatten wir Ende des dritten Vierteljahres 1932 rund 5,5 Millionen Arbeitslose, daß Institut für Konjunkturforschung dagegen schätzt die Zahl der Arbeitslosen einschließlich der sogenannten unsichtbaren Arbeitslosen, auf 7,2 Millionen. Während nach der Statistik der Arbeitsämter die Zahlen der Arbeitslosen im Juli und August gesunken sind, weist das Konjunkturinstitut nach, daß sie in Wirklichkeit gestiegen sind. Das sind Widersprüche, die nicht das Gefühl aufkommen lassen, als sei alles in bester Ordnung. Es ist überflüssig, daran lange Bemerkungen zu knüpfen, aber gesagt werden muß schon, daß sich die Adelsregierung die Sache doch leichter gedacht hat, wie sie in Wirklichkeit ist. Einstellungsprämien für die Unternehmer und Lockerung der Tarifverträge sind, wie von den Gewerkschaften von vornherein betont wurde, die ungeeignetsten Mittel, die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Die anderen Maßnahmen der Papenregierung haben den gleichen Erfolg gezeitigt. Die Regierung glaubt, die Arbeitslosigkeit durch privatkapitalistische Initiative beseitigen zu können. Sie bildet sich ein, wenn man die Unternehmer schalten und walten läßt, ihnen weder in der Arbeitszeit noch in der Lohnfrage Schwierigkeiten macht, dann haben sie Lust zum Produzieren und bringen die Wirtschaft wieder hoch. Aber die Unternehmer denken über die Dinge ganz anders. Sie produzieren, wenn sie verdienen, und wenn die Produktion keinen Verdienst mehr abwirft, wird sie stillgelegt. Zunächst versucht man es mit dem Lohndruck und Steigerung der Antreiberei, gleichzeitig werden Subventionen verlangt, heute kommt noch die Einstellungsprämie und die Unterscheidung der Tariflöhne hinzu. Das alles genügt den Unternehmern aber noch nicht. Die Papenregierung darf nur einen Blick in die Unternehmerpresse werfen, und sie wird finden, daß die Unternehmer unersättlich sind und bleiben. Bei ihnen gehört das Jammern und Klagen, das Fördern und wieder Fördern zum Geschäft. Die Schwerindustrie, „Bergwerks-Zeitung“ brachte kürzlich in ihrer Bäderbeilage folgendes Gedicht:

„Im Leitartikel z. B. fehlt nie Das Lobesdröckeln der Schwerindustrie. Welch ein Gejammer früh und spät Ueber den deutschen Wohlfahrtsstaat! Wieviel Schmerzdurchwühlte Töne Ueber zu hohe Arbeitslöhne!“

Das alles bringt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, wie es in der Anfangstrophe, die wir fortgelassen haben, heißt, zur Ergözung ihrer Leser in den Bädern. Freilich werden sie sich daran freuen. Und so, wie es hier geschieht, wird es überall gemacht. Immer tüchtig klagen über das schlechte Geschäft und noch mehr jammern über den „Wohlfahrtsstaat“ und vor allem über die „hohen Löhne“.

Die DD-Bank trifft in ihrem Septemberbericht zweifellos den Nagel auf den Kopf, wenn sie die Meinung vertritt, daß die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit nie eine Frage des deutschen Binnenmarktes sein kann. Das sagen auch die Gewerkschaften. Die Regierung beschreitet Irwege, wenn sie glaubt, den ausländischen Markt entbehren zu können. Rund 10 Millionen Deutsche leben von der Ausfuhr, und wenn jetzt die Regierung dazu übergeht, durch Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen den deutschen Absatz nach dem Auslande zu erschweren, da die Gegenmaßnahmen ja nicht ausbleiben, so bedeutet das, daß von diesen 10 Millionen viele ihr Einkommen verlieren. Die Arbeiter verlieren ihre Arbeit und ihren Verdienst. Deutschland hatte 1929 eine Ausfuhr im Werte von 14,5 Milliarden Mark, jetzt, im Jahre 1932, wird sich der Wert auf etwa 6,5 Milliarden Mark stellen. Der Auslandsabsatz ist um mehr als die Hälfte gesunken. Die Kontingentierung von Agrarprodukten wird sich auf die Industrieausfuhr verhängnisvoll auswirken. Die Folge davon wird sein eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit.

So bringen die Maßnahmen der Papenregierung keine Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern nur Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Damit ist verbunden die wachsende Verelendung des Proletariats. Dagegen wenden wir uns. Wir wollen nicht den Untergang, sondern Aufstieg! Aufstieg auch für die Arbeiterschaft, der man jetzt das letzte nehmen will, was die Staatsumwälzung 1918 gebracht hat. Die Papenregierung beabsichtigt, gegen die Gewerkschaften vorzugehen, weil sie die Vernichtung der Arbeiterexistenz nicht hinnehmen wollen. Das wird uns veranlassen, noch fester als bisher zusammenzustehen. Der Reaktion zum Trotz!

Preßlufthammer und Staublunge

Tagtäglich kann man in den Straßen der Großstadt Arbeiter mit Preßlufthammern hantieren sehen und hören; in wenigen Minuten zertrümmern sie mit diesen lärmenden Maschinen dicke, schwere Zement- und Betondecken, die vordem mühevoll mit Bolzen und Schmiebehämmer in stundenlanger Arbeit zertrümpert werden mußten. Nun weiß jeder aus eigener Erfahrung, daß die tätigen Preßluft-Bohrapparate den Ohren sehr wehe tun; ungleich verheerender wirken sie aber auf die Atmungsorgane der Arbeiter! Bisher gab es dafür freilich keine unmittelbaren Beweise, bis man sich vor einigen Monaten in Neuyork dazu aufraffte, die bei Untergrundbahn- und Straßenbauten beschäftigten Bedienungsmannschaften derartiger Preßlufthammer durch eine Spezialkommission von Ärzten und Chemikern untersuchen zu lassen. Das Ergebnis dieser Erhebung war eine fürchterliche „Anlage gegen die etwas (!) arge Rücksichtslosigkeit der Bauunternehmer“, mit anderen Worten: gegen die profitwütigen Ausplünderungsmethoden des kapitalistischen Zeitalters!

Die Kommission, die gewiß nicht aus Margiften oder sonstigen Unternehmern bestand, stellte fest, daß „57 Prozent aller untersuchten Arbeiter bereits erhebliche Verletzungen an der Lunge erlitten“ hatten und daß es beinahe keinen gab, der noch vollkommen gesunde Atmungsorgane besaß! Zum Teil waren die Lungengewebe schon so zerrissen, daß sich die Ärzte darüber wunderten, wie jemand mit solchen Bronchien überhaupt noch genügend Luft schöpfen konnte! Neben der Lunge hatte bei sehr vielen Arbeitern auch die Haut erheblich gelitten, so daß in zahlreichen Fällen „der ganze Körper eine einzige Einfallspforte für Tuberkelbazillen“ war! Die Kommission war so liebenswürdig, den am schwersten verletzten Proleten zu empfehlen, „diese ungesunde Tätigkeit aufzugeben und sich zunächst einmal gründlich zu erholen“!

Sie erreichte aber noch etwas anderes: sie setzte durch, daß — allerdings auf Kosten einer großen Lebensversicherungsgesellschaft — ein Verfahren des Ingenieurs Kelly ausprobiert wurde, das die Arbeiter weitgehend vor Schädigungen durch Gesteinstaub schützte. Die Kellysche Methode besteht kurz in folgendem: alle Preßlufthammer und Bohrer werden am Arbeitsende mit einem Metallmantel umgeben und von diesem aus an eine etwa fünf Zentimeter starke Saugluftleitung angeschlossen. Rund ein Duzend dieser Leitungen vereinigen sich unweit der Arbeitsstelle zu einem Hauptrohr, das zur Pump- und Reinigungsanlage führt. In dieser lagert sich dann der angefangene Gesteinstaub ab.

Bei der ersten praktischen Anwendung dieser Vorsichtsmaßregel in Neuyork ergab sich nun ein geradezu verblüffendes Resultat:

von 25 Preßlufthammern wurden in acht Stunden sage und schreie 2000 Kilogramm fein zermahlener Fels abgefangt!

An den Bohrhammern selbst wurde dagegen nicht der geringste Grus mehr festgesetzt; der Luftzug war also stark genug, um an der Arbeitsstätte für absolute Staubfreiheit zu sorgen! Auch in den Masken, die die Arbeiter bei dem Experiment ausnahmsweise für Mund und Nase trugen, um so eine allseitige Kontrolle zu ermöglichen, hatte sich keinerlei Staub angesammelt! Den Nutzen dieser ausgezeichneten Schutzmaßregel genossen aber nicht bloß die Arbeiter, sondern ebensosehr die Unternehmer, denn einmal ging die Arbeit infolge des sofortigen Abfangens des Staubes und sämtlicher kleineren Gesteinsplitter bedeutend rascher voran, und zum anderen konnte der abgefangene Staub für vierzig Dollar je Tonne verkauft werden. Und da mithin diese Hygiene Profit abwirft, werden sie die Unternehmer — zunächst der Vereinigten Staaten — auch ohne gesetzlichen Zwang einführen. R. S.

Der vorstehende Artikel, der uns von einem Freunde unseres Blattes zur Verfügung gestellt wurde, wirkt tatächlich alarmierend; denn in Deutschland haben bisher keine Untersuchungen über die Gesteinstaubwirkungen bei Arbeitern, die mit Preßluftwerkzeugen hantieren, stattgefunden. In den Steinbruchbetrieben, im Straßenbau und in Bergwerken finden die Werkzeuge immer mehr Eingang. Wohl gelten die Erkrankungen von Knochen, Muskeln und Gelenken, die durch Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen hervorgerufen wurden, als Berufskrankheit, sie werden laut gesetzlicher Verordnung vom Februar 1929 an von den Berufsgenossenschaften als Unfall entschädigt. Dennoch gehen die Meinungen über die Auswirkungen der Gesundheitsschädigungen durch diese Werkzeuge sehr auseinander. Das zeigte sich zum Beispiel im Vorjahre besonders bei der Beratung der Krankheitsverhütungsvorschriften für die Baugewerkschaften. Von gewerkschaftlicher Seite wurde deshalb beantragt, eine technische Kommission einzusetzen, die sich mit dem gesamten Fragenkomplex eingehend beschäftigen sollte. Denn es handelt sich bei den Preßluftwerkzeugen um eine Frage, die außer den Baugewerkschaften auch andere Berufsgenossenschaften stark berührt. Aus diesem Grunde wurde die ganze Angelegenheit an den Verband der Berufsgenossenschaften weitergeleitet, der seinerseits die Deutsche Gewerkschaft für Gewerbehygiene dafür interessierte. Es kam dann auch zur Bildung einer Kommission „Schutzmaßnahmen gegen Schädigungen bei der Arbeit mit Preßluftwerkzeugen“, an deren Spitze Herr Ministerialrat Dr.-Ing. Kremer vom Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe steht. Die Kommission veranfaltete im Jahre 1931 eine Reihe von Betriebsbesichtigungen, um durch praktische Beobachtungen ein möglichst

klares Bild zu erhalten. Soweit unsere Redaktion informiert ist, wurde in dieser Kommission in der Hauptsache die konstruktive Art der Preßluftwerkzeuge behandelt. Diese sei in erster Linie zu verbessern, um den gesundheitsschädlichen Rückstoß auf den Körper des Arbeiters bei der Hantierung mit diesen Werkzeugen auf ein Minimum zu begrenzen. Mehrere Firmen, die Preßluftwerkzeuge liefern, haben damit auch bereits adäquate Erfolge erzielt; die Versuche sind wohl noch nicht abgeschlossen. Nach dem heutigen Stand der Dinge darf mit Recht behauptet werden, daß es Möglichkeiten gibt, bei der Fabrikation der Preßluftwerkzeuge mehr als bisher hygienische Gesichtspunkte zu berücksichtigen, auch die kürzlich in Neuyork ausprobierte Kellysche Methode gehört dazu. Allerdings ist Voraussetzung, daß der entsprechende Wille hierzu vorhanden ist. Aufgabe der Fachkreise ist es, sich ernsthaft mit diesem Problem zu beschäftigen. Dem Arbeitswissenschaftler fällt es zu, in eingehenden Untersuchungen festzustellen, welche hygienischen Anforderungen an die Preßluftwerkzeuge gestellt werden müssen, um die immer deutlicher in Erscheinung tretenden Nachteile zu bekämpfen und den technischen Fachkreisen auf Grund ihrer Ergebnisse mit Rat und Tat für die konstruktive Durchführung zu dienen, Unterlagen vor allem aber auch für den Gesetzgeber zu schaffen, die ihm ermöglichen, Werkzeuge vom Handel auszuschließen, die den zu stellenden hygienischen Anforderungen nicht genügen. Das Ergebnis der Neuyorker Untersuchung stellt uns neue Aufgaben, die wir im Hinblick auf die große Schädigung der Atmungsorgane der in Frage kommenden Berufskollegen zu lösen haben.

Finanzielles aus der Steinindustrie

Soweit aus den Geschäftsberichten der herangezogenen Gesellschaften ersichtlich, lassen sich recht interessante Schlüsse über ihr Finanzgebaren im einzelnen wie auch zusammenfassend ziehen. Um dies zu können, bringen wir zunächst eine Aufstellung über die jeweilige Höhe des Stammkapitals der herangezogenen Gesellschaften:

Rd. Nr.	Firma	Stammkapital				
		1927 RM.	1928 RM.	1929 RM.	1930 RM.	1931 RM.
1	Baialt H. G. Ling a. Rh.	24 000 000	24 000 000	24 000 000	20 000 000	20 000 000
2	Barr. Hartstein-Industrie	820 000	820 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000
3	Caffeler Baialt-Industrie	1 000 000	1 000 000	1 000 000	1 675 000	1 675 000
4	Dolerit Baialt H. G.	45 000 000	45 000 000	45 000 000	43 000 000	18 107 322
5	Eiterfelder Steinwerke	2 000 000	3 500 000	3 500 000	1 050 000	885 000
6	Sobburger Quarz Porphyr-Werke	1 580 000	1 580 000	1 580 000	1 580 000	1 580 000
7	Marmorwerke Wandsbeck	400 000	700 000	700 000	800 000	800 000
8	Mitteldeutsche Hartstein-Industrie	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000	1 584 000
9	Dennstäder Hartstein-Industrie	1 332 000	1 332 000	1 332 000	1 332 000	1 332 000
10	Platz-Soarbrücker Hartstein-Industrie	2 000 000	2 000 000	2 000 000	1 000 000	1 000 000
11	Sächsische Granit H. G.	2 991 600	2 991 600	2 991 600	2 991 600	2 091 000
12	Solnhofener Mälen-Bereit.	1 600 000	1 600 000	1 800 000	1 800 000	756 000
13	Scheunauer Glastechnik	320 000	320 000	320 000	320 000	80 000
14	Weißdeutsche Marmor- u. Granitwerke	200 000	200 000	200 000	200 000	200 000
14	Mittelschiffbau	45 743 600	47 543 600	48 013 600	41 138 600	34 793 732

Da es uns hier nicht darauf ankommt, das Finanzgebaren der einzelnen Firmen herauszustellen (was jeder Leser an Hand des Zahlenmaterials nach Belieben selbst tun kann), sondern nur ihre Gesamtentwicklung aufzuzeigen, so sei gleich schlussfolgernd festgestellt, daß diese der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung entspricht. Bis 1929 ansteigend, sinkt die Höhe des gesamten Stammkapitals von da an um 27,5 Prozent. Zwar hat die Hälfte der herangezogenen Gesellschaften ihr Stammkapital noch ungekürzt erhalten können, doch dürfte auch bei ihnen die Zusammenlegung nur eine Frage der Zeit sein. Je weniger Kapital zu verzinsen ist, um so schwächer der gegenzeitige Konkurrenzkampf, um so geringer auch der Anlaß zum Lohnruck aus Konkurrenzgründen, und umgekehrt, je mehr Kapital zu verzinsen ist, um so härter der gegenseitige Konkurrenzkampf, der immer auf Kosten der breiten Massen, in erster Linie also auf dem Rücken der Arbeiter, mögen sie als Produzenten oder als Konsumenten und Steuerzahler in Betracht kommen, ausgetragen wird.

Die nächste Tabelle zeigt die hauptsächlich in den Jahren 1927 und 1928 vor sich gegangene Aufblähung des Produktionsapparates, der selbst in der besten Konjunktur nur zu circa 75 Prozent ausgenutzt werden konnte und im Jahre 1931 nur

Jedes Verbandsmitglied kann verlangen, daß „Der Steinarbeiter“ allwöchentlich auch wirklich in die Hände jedes Verbandsmitgliedes gelangt. — Der Versand von Leipzig erfolgt so frühzeitig, daß in jeder Zahlstelle die Möglichkeit zu pünktlicher wöchentlicher Verteilung vorhanden ist.

zu ungefähr einem Drittel seiner Leistungsfähigkeit (Kapazität) benutzt wurde.

Rd. Nr.	Neuanlagen, Neubeteiligungen, Rücklagen und Reingewinne					Insgesamt RM.
	1927 RM.	1928 RM.	1929 RM.	1930 RM.	1931 RM.	
1	4 931 425	2 553 001	1 990 892	2 762 107	442 065	12 079 490
2	321 853	190 564	360 554	219 941	5 677	1 098 589
3	567 237	319 313	101 319	61 128	54 623	1 103 620
4	1 334 407	260 699	76 111	37 477	13 801	1 722 495
5	1 230 936	964 426	3 480 058	204 322	151 718	2 899 460
6	409 104	196 007	303 511	26 370	—	934 992
7	1 22 846	326 814	155 222	15 254	270 552	960 688
8	320 000	910 000	145 000	214 396	171 712	1 861 108
9	418 101	440 398	226 742	271 613	182 445	1 539 299
10	32 000	562 478	63 626	20 780	15 231	694 315
11	411 220	371 977	282 628	5 490	19 540	1 090 845
12	206 819	198 474	435 110	555	1 310	842 258
13	2 019	1 824	30 904	7 850	—	42 697
14	33 751	43 335	34 233	25 797	3 383	140 499
	10 431 718	7 339 310	3 954 110	3 873 170	1 432 057	27 030 365

Nach dem einmütigen Urteil der sogenannten Wirtschaftsführer haben „die hohen Löhne“ die Ueberrationalisierung erzwungen. In Wirklichkeit könnten die im Dienste des Unternehmertums stehenden „Wirtschaftsführer“, die selbst nicht selten „Ministergehälter“ einstrichen, der Arbeiterkraft keinen auskömmlichen Lohn, während andererseits mehr als notwendig Kapital in die maschinellen Anlagen der Betriebe gesteckt wurde, die jetzt teilweise dem Verrosten preisgegeben sind, um bei der sonnenmässigen Verteilung der eingehenden Aufträge recht große Lieferungsquoten zu erreichen.

Trotzdem die Hälfte der Berichtszeit (von 1927 bis 1931) auf die Krise entfällt, wurden in den 5 Jahren doch 43,8 Prozent des gesamten Stammkapitals (seinen Höchststand angenommen) an Kosten für Neuanlagen, Neubeteiligungen, Rücklagen und Tantiemen aus den Betrieben herausgewirtschaftet.

Die folgende Gegenüberstellung zeigt das alljährliche Rentabilitätsergebnis der Betriebe, das trotz der Schwere und der langen Dauer der Krise im Jahre 1931 noch eine vierprozentige Verzinsung des allerdings stark verminderten Stammkapitals ausweist.

Rd. Nr.	Firma	Stammkapital				
		1927 RM.	1928 RM.	1929 RM.	1930 RM.	1931 RM.
14	Mittelschiffbau	45 743 600	47 543 600	48 013 600	41 138 600	34 793 732

Ob und wieviel die Maßnahmen der Kappen-Regierung zur Belebung der Wirtschaft auch zur Belebung der Steinindustrie und des Steinstraßenbaues beitragen, bleibt abzuwarten. Daß auch in dieser Beziehung mit zweierlei Maß gemessen wurde (den Unternehmern Steuererleichterungen, den Arbeitern Lohnminderungen) ist im „Steinarbeiter“ wiederholt unter härtestem Protest zum Ausdruck gekommen. Mögen die Kollegen aus alledem die dringende Notwendigkeit des Zusammenschlusses erkennen, denn nur durch ihn sind sie imstande, sich gegenüber den kapitalistischen Mächten als freie Arbeiter zu behaupten. E. W.

NSDAP und Freie Gewerkschaften

Der stellvertretende Leiter der Reichsbetriebszellenorganisation der NSDAP, Reinhard M u c h o w, hat im Rahmen der Nationalsozialistischen Bibliothek eine Broschüre unter dem Titel: „Nationalsozialismus und 'freie' Gewerkschaften“ herausgebracht. Das Buch verpricht, interessant zu sein. Aber wer es in die Hand nahm, ist schwer enttäuscht. M u c h o w hat sich die Arbeit mehr als leicht gemacht. In einem sehr umfangreichen historischen Ueberblick auf die Entwicklung der freien Gewerkschaften, der von den 115 Seiten des Buches nicht weniger als 110 Seiten einnimmt, schreibt er im wesentlichen die Gewerkschaftsgeschichte von Hermann Müller, die sozialdemokratische Parteigeschichte von Franz Mehring und die „Arbeiterfrage“ von Herzner in ellenlangen Zitaten ab. Das Kapitel aber, das interessiert, nämlich die Betrachtung über die „Gewerkschaften im nationalsozialistischen Staat“, umfaßt ganze 4 1/2 Seiten. Schon diese Raumverteilung sagt eigentlich mehr als genug. Immerhin hat Herr M u c h o w, der im historischen Teil einmal beweist, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften Gegensätze sind, um dann sofort über die Einheit von Sozialdemokratie und Gewerkschaften loszugehen, in diesem letzten Sinne ein bemerkenswertes Geständnis gemacht. So schreibt er auf Seite 113:

„Die heute durchweg politisierten Gewerkschaften haben daher in der nationalsozialistischen Wirtschaft ihr Gesicht zu ändern. Die Politik betreibt der Staat. Die Wirtschaft dient dem Staat und sieht ihre oberste Aufgabe ausschließlich in der natürlichen Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes und schafft somit Arbeit und Brot. Bei dieser Zielsetzung der Wirtschaft ist die Beibehaltung rein politischer Gewerkschaften volksfeindlich. Darum duldet der nationalsozialistische Staat dieses nicht und steht deshalb seine erste Aufgabe auf dem Gebiet des Gewerkschaftswesens darin, dieses zu entpolitisieren. Aber er geht noch einen Schritt weiter: Durch ein Dekret werden die Gewerkschaften zu Staatsorganen erklärt. Der nationalsozialistische Staat wird sein Augenmerk darauf richten, daß der letzte Arbeiter den Berufsverbänden beitrifft.“

Also, jetzt ist es heraus: staatliche Zwangsgewerkschaften wie im faschistischen Italien, als Berufsverbände mit harmlosen Aufgaben befaßt und politisch faktiert. So sieht die Gewerkschaftsfreundlichkeit der Nazis aus!

Herbst

Dort in der Rische, wo die Kaiserbüste sich befindet, leuchtet je und je ein heller Fleck. 's ist Laubennist, der mit der Zeit noch fester bindet. Ganz einfach friedlich-deutscher Laubendred.

Braun, wie die Hofen aufbauwill'ger Kräfte, ist das Laub, das man mit Füßen tritt. Dann wird es schwarz und fault wie alte Stiefelschäufel und zählt nur noch als Dung im Wohlfahrtsstaate mit.

Gefürzt sind Renten wie die Großstadtbäume. Kaum daß die Haut des Volkes Rippen strafft. Der Sturm zerpeitscht dir alle Sehnsuchtsträume und mahnt dich — denk an deine Kraft!

M. Liebers.

200 Jahre Berliner Steinsegerbewegung

Die heutigen Zeiten sind zum Festfeiern nicht geeignet. Sonst hätten die Berliner Steinseger im August das 40jährige Gewerkschaftsjubiläum feiern können, wozu sie am ersten berechtigt gewesen wären, da gerade in Berlin die heftigsten Kämpfe zwischen den Anhängern des alten Junfswesens und der jungen gewerkschaftlichen Richtung ausgefochten worden sind. Aber in diesen Tagen sind auch 200 Jahre verflossen, seit sich in Berlin die ersten Regungen einer selbständigen Steinsegerbewegung bemerkbar gemacht haben. Natürlich nur in dem Rahmen, in dem eine solche Bewegung zu der Zeit denkbar war: im jünfftigen Rahmen.

Am 12. September 1732 erhielt der damalige Berliner Steinseger Johann Daniel Schmidt von der preussischen Regierung die alleinige Konzession zur selbständigen Ausübung des Steinsegergewerbes, und zugleich wurde das Gewerbe für junftmäßig erklärt. Gegen das dem Schmidt erteilte Monopol erhoben eine Anzahl anderer Steinseger, von denen sich einige auch als „Meister“ bezeichneten, Widerspruch, was zur Folge hatte, daß dasselbe nach kurzer Zeit schon zurückgezogen wurde. Bei dieser Gelegenheit sehen wir zum ersten Male auch eine Anzahl Steinsegergesellen in Aktion treten, und zwar bildeten dieselben logisch zwei Par-

teien, von denen die eine zu Schmidt, die andere zu seinen Gegnern hielt. Die Parteinahme war so leidenschaftlich, daß es darüber sogar zu Prügeleien auf den Baustellen kam.

Wir sehen, die Berliner Steinsegergesellen hatten damals noch andere Sorgen als ihre heutigen Kollegen. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß sie im Jahre 1732 den Grund zu ihrer heutigen Organisation gelegt haben; denn all die Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte hindurch haben sie ihre Organisation gepflegt und gepflegt — in früheren Jahrzehnten fast besser, als sie das gerade in dieser Zeit tun, wo sie eine gute und geschlossene Organisation mehr als je notwendig hätten.

Aus den ersten Jahrzehnten der Bewegung wissen wir nur wenig, da um diese Zeit die Reaktion in Preußen ganz besonders tätigt war und keinerlei Vereinigungen der Gesellen duldete. Man konnte nur im geheimen zusammentreten und unter einem harmlosen Vorwand. Das war möglich, weil es sich nur um eine kleine Anzahl von Personen handelte. Wahrscheinlich hat man sich jeweils im Hause des Altmeisters versammelt. Im Jahre 1748 konnte man sich trotzdem schon eine Gewerkslade zulegen; wenigstens schließen wir das aus der Tatsache, daß die Berliner Steinseger im Jahre 1848 das 100jährige Lodenfest feierten. In den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts scheint schon reges Leben in der Bruderschaft geherrscht zu haben, das auch nicht dadurch eine dauernde Trübung erfuhr, daß man ihr Siegel und Lade konfiszierter, da es allgemein verboten war, solche Utensilien zu führen. Das Jahr 1848 sah eine regelrechte Lohnbewegung, wohl die erste überhaupt — und die Anschaffung einer schwarzrot-goldenen Fahne, die noch heute vorhanden ist. Der Erfolg der Lohnbewegung überdauerte dagegen das Jahr 1848 nicht. Man raffte sich zwar zur Androhung eines Abwehrstreiks auf — aber es verblieb bei der Drohung. Hernach arbeitete man wieder 11 und 12 Stunden täglich und begnügte sich mit dem Lohn, den die Meister zahlen wollten.

Dann blieb es still, bis im Jahre 1867 der Steinseger Louis Nolte zum Altgesellen gewählt wurde. Ihm muß der Rufmestitel zuerkannt werden, daß er in seiner Amtsperiode, die bis 1890 dauerte, die Berliner Steinsegerbewegung zu einer gewissen Höhe emporgeführt hat — allerdings nicht im gewerkschaftlichen Sinne, sondern im Geiste der alten Junftbruderschaft. In seine Amtsperiode fiel das 150jährige Jubiläum der Gesellenbrüder-

schaft, das mit allem jünfftlichen Pomp gefeiert wurde. In der Eingabe an das Polizeipräsidium, in der um Genehmigung des großen Festzuges erlucht wurde, betonte Nolte ganz besonders, daß sich die Berliner Steinseger bis dahin „von allen sozialistischen Bestrebungen ferngehalten haben!“

Auch die Berliner Innungsmeister unter Anführung des überaus reaktionär eingestellten Obermeisters K u h l b r o d t beteiligten sich vollzählig an der Feier und marschierten stramm im Festzuge mit.

Natürlich hat es auch in früheren Jahren ein Auf und Ab der Bewegung gegeben. Und es hat schon öfter an der Einigkeit und Geschlossenheit gerade dann gefehlt, wenn sie am notwendigsten gewesen wären. Das haben die Berliner Steinseger auch jedesmal dann erkannt — wenn es zu spät war, d. h. wenn sie den Schaden belahen. Man muß ihnen, soweit es sich um die Zeit bis in die siebziger und achtziger Jahre handelt, zugestehen, daß sie von gewerkschaftlichen und sozialistischen Gedankengängen bis dahin nichts gewußt hatten. Das äußerte sich — sehr zum Schaden aller — ja auch in der Zeit des Ueberganges von der Junft zur Gewerkschaft, anfangs der 90er Jahre. Heute sind es die angeblich radikalsten und „revolutionären“ Elemente, die am meisten zur Schwächung der Bewegung beigetragen haben und sie zum Teil sogar bewußt schädigen.

Wir wollen hoffen, daß mit dem Eintritt in das dritte Jahrhundert Berliner Steinsegerbewegung sich die alte Einigkeit und Geschlossenheit wieder einstellt, jene musterhafte Einigkeit und eiserne Geschlossenheit, die die Steinseger in den letzten Vorkriegsjahren so oft zu Kämpfen befähigt hat, deren Braubour, Ausdauer und Erfolge oftmals das Erlaunen und die ehrliche Bewunderung alter und erfahrener Gewerkschaftsgenossen aus anderen Lagern hervorgerufen haben.

Und dabei haben sie diese Kämpfe unter sehr viel ungünstigeren äußeren Umständen führen müssen, als das heute der Fall ist. Damals, in den Tagen des gewerkschaftlichen Aufstiegs, als wir noch um jede kleine Position hart ringen mußten, saugen wir oftmals mit Inbrunst die Berse:

„Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid.“
Wir haben es freilich nicht nur gelungen, sondern haben auch danach gehandelt. Wollt ihr Jungen euch von uns Alten behämmern lassen?
A. K n o l l.

Rundschau

Fernstraße Hannover—Amsterdam in Betrieb. Nunmehr ist das entscheidende Teilstück der für den deutsch-holländischen Kraftwagenverkehr recht wichtigen Fernverkehrsstraße für den Verkehr freigegeben worden, die von Hannover über Osnabrück, Rheine, Bentheim nach Oldenzaal (Holland) führt. Es handelt sich um die Teilstrecke Bentheim—Reichsgrenze. Die neue Straße ist acht Kilometer lang und gestattet infolge ihrer sehr übersichtlichen Straßenführung — durch den Fortfall aller planmäßigen Eisenbahntreueungen und wegen des großen Radius der vorkommenden Kurven, von denen keine einen Durchmesser von unter 300 Meter hat — das Ausfahren großer Geschwindigkeiten, ohne daß für die Wagen irgendwelche Gefahrenmomente bestehen. Das Planum der Straße ist 11 Meter, wovon 5,60 Meter als Fahrbahn befestigt wurden. Der übrigbleibende Streifen von 5,40 Meter an der Seite wurde für spätere Erweiterungsbauten bestimmt, so daß bei einer Verkehrszunahme die Straße beliebig verbreitert werden kann. Die Strecke von der Reichsgrenze bis Westenberg hat eine 20 Zentimeter dicke Betondecke, bis Bentheim wurde eine Schotterstreudecke erstellt, deren Unterbau eine 20 Zentimeter dicke Packlage aus Sandstein bildet. Auf die Schotterdecke wurde dann als Fahrbahn eine Teersplittstreudecke aufgebracht, wozu 2000 Tonnen Kleinsplitt und 1300 Tonnen Teersplitt notwendig waren. Die Straße wurde als Notstandsarbeit durchgeführt.

Vom Wesen der NSD. Auf der außerordentlichen Amtswahltagung der NSD. in Berlin erklärte der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Schumann am 2. 9. 1932 unter anderem:

„Die nationalsozialistischen Gewerkschaften sind zum Unterschied der heute existierenden freien und gelben (!) Gewerkschaften keine politischen oder wirtschaftlichen Kampfortorganisationen. Unser Ziel, das wir mit den Gewerkschaften erreichen wollen, heißt: politische Eroberung der Betriebe. Wir können unsere geschichtliche Aufgabe nur erreichen, wenn wir verstehen, die Betriebe und die Betriebsarbeiterschaft für uns zu gewinnen. Denn keiner kann gegen die geschlossenen Kräfte der deutschen Arbeiterschaft regieren.“

Wir glauben, daß Herr Schumann auf die Erfüllung seiner „geschichtlichen Aufgabe“ noch ziemlich lange warten muß. Denn die Betriebsarbeiterschaft will von den braun-gelben Unternehmer-Söldnern eben nichts wissen.

Wiederinfragestellung von Lebensversicherungen. Um die zahlungsunfähigen Versicherten nicht zum Rücktritt ihrer Versicherung zu verleiten und damit den Verlust eines Teils der eingezahlten Beiträge zu verhüten und von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß auch der zahlungsunfähige Versicherte den Versicherungsschutz braucht (vielleicht dringender als der zahlungskräftige), hat die Volksfürsorge die Einrichtung der prämienfreien Versicherung. Sie bietet außerdem den Vorzug, die ursprünglich abgeschlossene Lebensversicherung unter Beachtung sehr weitherzig gehaltener Bestimmungen jederzeit wieder in Kraft setzen zu können.

In der Inanspruchnahme einer Einrichtung zeigt sich meistens ihre Bemühung. So ist es auch mit der Wiederinfragestellung bei der Volksfürsorge. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres haben davon 33 563 Versicherte, die ihre Prämienzahlung eingestellt hatten, Gebrauch gemacht. Ohne daß ihnen Antikonten erwachsen sind, lediglich auf Grund der günstigen Versicherungsbedingungen sind sie jetzt wieder in den vollen Genuß der abgeschlossenen Versicherung gekommen. — Von der Volksfürsorge wird hier ein Vorteil geboten, den man beim Abschluß einer Lebensversicherung unbedingt beachten muß.

Ingenieure und Wirtschaftler. In der letzten Auflage des ersten Teiles seines Werkes „Finanzierungen“ macht der bekannte Betriebswirtschaftler Prof. Schmalenbach folgende zutreffende Bemerkung:

„Ingenieure — Ausnahmen gibt es natürlich immer — sind dazu erzo-gen, höchste technische Vollkommenheit über höchste Wirtschaftlichkeit zu setzen. Darin liegt kein Vorwurf, denn höchste technische Vollkommenheit muß das Ideal der Ingenieure sein, und Mängel technischer Vollkommenheit müssen das Störungsgefühl des Ingenieurs empfindlich verletzen. Aber das bedeutet, daß es in jedem Betriebe Kräfte geben muß, denen die höchste wirtschaftliche Vollkommenheit ein Ideal ist und deren Störungsgefühl empfindlich verletzt wird, wenn beispielsweise eine technisch vollkommene Anlage an Abschreibungen und Zinsen mehr braucht, als sie herauswirtschaften kann. Und solche Kräfte müssen gegenüber den Ingenieuren tatsächlich wirksam werden. Hier liegt der entscheidende Mangel. Es gibt zu viele Betriebe, in denen die Leitung zu sehr ingenieurmäßig beherrscht ist.“

Die Jahre nach dem Kriege sind in der Tat hinreichend gekennzeichnet dadurch, daß der Ingenieur betriebswirtschaftlich die erste Geige spielte. Wirtschaftliche Notwendigkeiten folgten erst im weiten Abstand. Der Ausbruch der Krise war unausbleiblich.

Die große Welt und die engherzigen Menschen. Man sollte es nicht für möglich halten, wie schnell ein solches Unglück wie der Krieg vergessen wird. Viele Millionen Menschen mußten durch ihn das Leben lassen. Diese Wunde ist kaum vernarbt und man hört schon wieder die törichte Redewendung, daß zu viel Menschen auf der Welt seien. Der leider zu früh verstorbenen Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, hat einmal folgenden Satz geprägt: „Nicht die Welt ist klein und zu eng für die Menschen, die in ihr leben; vielmehr waren aber die Menschen zu klein und zu engherzig, um die natürlichen Möglichkeiten dieser großen Welt und die Möglichkeiten der neuzeitlichen Technik“

Adressenänderungen

- Gau: Stettin II (Steinseher). Vorj.: Fritz Hübner, Kirchenstraße 1, r, III; auch Bezirksleiter für den Regierungsbezirk Stettin.
- Gau: Dornap. Vorj. Willi Eidenroth, Ladebühne Nr. 77, Raff.: Emil Kuhn, Düsselborfer Straße 383.
- Gau: Deheln. Vorj.: Fritz Kohl.
- Gau: Flammersbach, Post Haiger (Dillkreis). Raff.: Herm. Sohn.

Briefkasten

D. Prozeßhaniel. 1. Der Amtsschimmel hat mit dem Pferd nichts zu tun, obwohl man sagt, daß er mit Vorliebe bei Behörden geritten werde. Er hat vielmehr seinen Namen vom Schimmelpilz, der sich an alten verstaubten Akten festsetzt. 2. Bauernlegen. Einst konnte der Großgrundbesitzer die kleinen umliegenden Bauerngüter gegen Zahlung einer geringen Entschädigung aufkaufen. Im Interesse der Bauernkleinwirtschaft wurde dieses „Legen der Bauernhöfe“ von Friedrich dem Großen im Jahre 1749 unterlagert. 3. Der Ausdruck Strohwitwe hat sich von der Bezeichnung Strohwitwe gebildet. Bräute, die nicht mehr Jungfrau waren, mußten früher bei der Trauung einen Strohhalm tragen. Später bezeichnete man scherzhaft mit Strohwitwe eine Frau, deren Mann für einige Zeit abwesend war. Eine Strohwitwe war also ebenso wenig eine richtige Witwe wie das Mädchen mit dem Strohhalm eine richtige Jungfrau war.

Mois N. Für die Einsicht des Schuldnerverzeichnisses wird eine Gebühr von 0,50 RM. und für die Erteilung einer schriftlichen Auskunft über das Bestehen oder Nichtbestehen einer Eintragung eine solche von 1 RM. erhoben.

Das Armenrecht zur Führung eines Prozesses konnte bisher bewilligt werden, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung „nicht mutwillig oder ausichtslos erscheint“. Durch die dritte Novellierung ist eine Verschärfung dahin eingetreten, daß die beabsichtigte Rechtsverfolgung „Aussicht auf Erfolg“ bieten muß.

wirklich und verständlich auszusagen.“ Eine treffende Illustration der tatsächlichen Verhältnisse. Auf der ganzen Erde tragen die Läger vor Ueberfüllung; eine vielfach gesteigerte Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft läßt den Reichtum an lebensnotwendigen Gütern für alle Menschen nur so hervorquellen. Und an den Straßenenden stehen Klatschweiber beiderlei Geschlechts und reden von der kleinen Erde und den vielen Menschen!

Die Kosten der Straßenunterhaltung. Vom preußischen Statistischen Landesamt ist nunmehr eine Untersuchung über die Kosten der preußischen Durchgangsstraßen abgeschlossen worden. Für das gesamte Durchgangsstraßennetz des Reiches betragen 1932 die Kosten der Unterhaltung, des Umbaus und Ausbaues sowie der Verzinsung und Tilgung der für Neubauten angelegten Beträge 435 Millionen Reichsmark, wenn die Arbeiten in dem gleich großen Umfang wie 1929 durchgeführt würden. Die entsprechenden Aufwendungen, die vor dem Kriege für das gleiche Durchgangsstraßennetz gemacht wurden, belaufen sich auf etwa 268 Millionen Mark. Die durch den Kraftverkehr verursachten Mehrkosten betragen also 167 Millionen Reichsmark. Diese Berechnungen sind mit größter Genauigkeit unter Mitwirkung der Behörden aufgestellt worden.

Arbeitsgemeinschaften der jungen Generation

In den gewerkschaftlichen Veranstaltungen spielt die junge Generation eine geringe Rolle. Ihre Beteiligung am Gewerkschaftsleben steht in einem Mißverhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Stärke. Als Ursache hierfür wurden in einer Besprechung der Sachbearbeiter für Jugendfragen beim ADGB verschiedene Gründe angegeben.

1. Die wachsende Politisierung läßt „trockene“ gewerkschaftliche Arbeit im Ansehen schwinden.
2. Die Betätigungsmöglichkeiten für junge Kräfte sind in der Gewerkschaftsbewegung natürlicherweise begrenzt. Sie sind außer-

Achtung, Steinbrucharbeiter!

Der Chloratit-Sprengstoff hat sich in der Praxis der Steinbrucharbeit als äußerst gefährlich erwiesen. Wegen seiner Billigkeit, gleich Wirtschaftlichkeit, wird Chloratit nicht von allen Steinbrucharbeitern abgelehnt. Die Unfallberufsgenossenschaften haben leider noch keine gesetzliche Handhabung, ein striktes Verbot gegen Chloratit bei Sprengarbeit zu erlassen, obgleich ein solches Verbot im Interesse der unfallverletzten Steinbrucharbeiter, ihrer Sprengmeister und auch der Unfallberufsgenossenschaft läge.

Sprengmeister und Steinbrucharbeiter können deshalb, um sich vor schweren Schäden zu schützen, bei dieser Sachlage weiter nichts tun, als die Unfallverhütungsvorschriften für Sprengarbeit (Schießinstruktion) der Steinbrucharbeiterschaft strengstens zu befolgen. Bekanntlich führt jede Antreiberei bei der Sprengarbeit schließlich zur laxen Handhabung der Vorschriften, das darf nicht sein.

Darum nochmals größte Vorsicht, denn der Chloratit-Sprengstoff hat bereits viel persönlichen Schaden angerichtet!

dem durch die Häufung von Funktionen in einer Hand eingeschränkt.

3. Das zukunftsweisende Ziel der Bewegung ist nicht deutlich genug für jeden in der von politischen Wirren erfüllten Zeit herausgestellt.

Um diesen Mängeln in der Schulung und Heranziehung der jungen Generation zu Funktionen wirksam zu begegnen, wurden folgende Richtlinien für die Zusammenfassung der jungen Kollegen zu Arbeitsgemeinschaften besprochen und einstimmig gutgeheißen: Wir haben 1. mehr als bisher die Jugendabteilungen auszubauen, 2. die Jugendarbeit folgerichtiger an den über 18 Jahre alten Jugendlichen fortzuführen. Hierbei sind zu beachten:

I. Aufgaben der Zentrale.

1. Bereitstellung von Vortragsdispositionen und Broschüren als Grundlage für Aussprachen in den zu bildenden Arbeitsgemeinschaften.
2. Veröffentlichung von Hinweisen in der Gewerkschaftspresse zur Betätigung in der Bewegung und zur Erfassung der jungen Generation.
3. Eintreten in Wort und Schrift für den Gedanken: die Jugend hat gleichfalls ein Recht auf Arbeit.
4. Die junge Generation darf nicht nur „Bildung“ vorgelesen bekommen, sie muß auch in praktische Gewerkschaftsarbeit eingereicht werden. Der Kreis aktiver Funktionäre ist möglichst zu vergrößern.

II. Aufgaben der Gau- und Bezirksleiter.

Die Tätigkeit der Gau- und Bezirksleiter erstreckt sich auch auf die Förderung der Arbeitsgemeinschaften unter Beachtung der größtmöglichen Einseitigkeit der Schulungsarbeit im Tätigkeitsbezirk.

III. Aufgaben der Filialen (Ortsverwaltungen).

1. Die Leitung der Arbeitsgemeinschaften untersteht der Verantwortung der Ortsverwaltungsleitung, die einen geeigneten Leiter für diese Aufgabe bestimmt. Bei persönlicher Eignung (gewerkschaftliche Erfahrung und nicht allzu jung) wird es zweckmäßig sein, den Jugendleiter mit dieser Aufgabe zu betrauen.
2. Sind in einer Ortsverwaltung nicht genügend Mitglieder der jungen Generation vorhanden, die sich zusammenfinden wollen, so ist Verbindung mit anderen Verbänden zwecks gemeinsamer Arbeit zu suchen, oder der Ortsausschuß übernimmt die Aufgabe für alle Verbände am Ort.
3. Die für irgendwelche Funktionstätigkeit (Kleinarbeit: Flugblattverbreitung, Stempelstellenpropaganda, Hausagitation, Beitragskassieren, Protokollführen, Jugendgruppenarbeit usw.) geeigneten Mitglieder sind herauszufinden und als Funktionäre einzugliedern.
4. Planmäßiges Einspannen der Teilnehmer in die praktische Gewerkschaftsarbeit. Bei nur bildungsmäßiger Erfassung dieser Altersschicht besteht die Gefahr des Theoretisierens und des Zerfalls der Gruppe. Neben die Wissensübermittlung muß die praktische Betätigung treten.

IV. Aufgaben des ADGB und seiner Unterorganisationen.

1. Der Bundesvorstand, die Bezirks- und Ortssekretariate unterstützen die Bestrebungen zur Erfassung der jungen Generation in Wort und Schrift.
2. Die Ortsausschüsse sind verpflichtet, dort, wo die Möglichkeit zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften auf Verbandsgrundlage nicht besteht, eine Zusammenfassung von sich aus vorzunehmen. Die Aufgabe ist nun, die Richtlinien entsprechend den örtlichen Möglichkeiten zur Durchführung zu bringen. In Gemeinschaft von jung und alt muß die Zusammenfassung der jungen Generation zur Förderung der Schlagkraft unserer Bewegung gelingen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gau

Versammlungen:

- Sonntag, 16. Oktober.
In Solnhofen Lithographie-Zuragebiet-Bezirkskonferenz, Lokal: Heinrich Böhmlein. Tagesordnung: Bericht, Wahl, Anträge. Auf je 50 Mitglieder 1 Delegierter. Kosten tragen die Zahlstellen. Gauleiter wird anwesend sein. Als Zuhörer können selbstverständlich außer den Delegierten auch sonstige Verbandsmitglieder teilnehmen.
In Mannheim um 9 Uhr im „Komet“, wichtige Verhandlung.
Dienstag, 18. Oktober.
In Wiesbaden im Volkshaus, zu gewohnter Zeit.
Mittwoch, den 28. Oktober.
In Stettin Jugend-Unterhaltungsabend um 19 Uhr im neuen Volkshaus, Auguststraße 17, Hof, 4 Treppen. Alle jungen Kollegen aus dem Steinsehergewerbe und der Steinindustrie sind hiermit eingeladen.

Gesperrt:

- In Weihenfels die „Werkstätten für Friedhofskunst“, Otto Schlehman, Inh. Otto Sad, wegen Nichtbezahlens des Tariflohnes.
Dornreichenbach, Sa. Im Steinbruchbetrieb Windberg, Firma Horn u. Kahle, sind dauernd Lohnunterschieden; dem Firmeninhaber sind Wochenverdienste von 12 und 18 Mark noch zu hoch. Er will sogar Betriebsfremde heranziehen. Also alles hin zu Herrn Kahle!
Osnabrück. Die Firma Heilmann u. a. Brassard, Mar-morwerk, hat ihre Belegschaft ausgespart.
Streit:
In Stettin. Straßenbau. Firma Gädke-Timm.
In Waldenburg (Schlesien). Straßenbau. Firma Baum.

Kreuzlingen (Schweiz). Bei der Firma Sauter u. Cie., Grabmalindustrie, sind seit Jahren ständig Differenzen. Dieselben waren noch nie so groß wie heute. Zwischen der Firma und der Sektion des Bau- und Holzarbeiterverbandes besteht ein Tarifvertrag, der die Akkordpreise für Steinhauer und Schleifer festlegt. Herr Sauter kümmert sich aber nicht um diesen Vertrag. Aus einer Stichprobe von einem Tag hat man gesehen, daß allen Arbeitern über 500 Frank abgezwickelt wurden; dem mindesten 11,33 Frank, dem höchsten 69 Frank. So geht dies schon das ganze Jahr, und es könnte Herr Sauter einige tausend Frank drauflegen, wenn er die willkürlichen Abzüge nachzahlen müßte. Die Kollegen dort sind im Akkord beschäftigt. Ihr Durchschnittsverdienst pro Stunde betrug 1,23 Frank, während ihre Berufskollegen allerorts in der Schweiz Mindestlöhne von 1,60 Frank und 1,65 Frank beziehen und im Stundenlohn arbeiten. Zum Verhandeln — erklärte der Unternehmer — habe er vor dem 15. Oktober keine Zeit. Er bestreitet diesen Lohnraub auch gar nicht, sondern meint, daß wir mit der Arbeiterschaft den unvermeidlichen Lohnabbau durchzuführen müssen. Mit 30 bis 35 Prozent müssen sie bis zur gänzlichen Durchführung denken“. Er gibt also zu, den Vertrag zu umgehen. Das ist Vertragsbruch. Der Vertrag ist ein Bestandteil des Schweizer Obligationenrechtes und darf nicht umgangen werden. Die Arbeiterschaft hat beschlossen, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis es Herrn Sauter zu Verhandlungen paßt.

Wir warnen alle Kollegen, bei den vorstehend genannten Firmen und Orten um Arbeit nachzufragen. Bei Arbeitsangeboten muß vorher beim Zahlstellenvorstand Erkundigung eingeholt werden.

Kollege, hast Du schon einen Taschenkalender für 1933 beim Zahlstellenvorstand bestellt?

Verlorene Mitgliedsausweise: In Sakubowik das Verbandsbuch Nr. 7782 für Max Semler, Steinseher.

Berlin. Auszahlung der Invalidenunterstützung am Montag, dem 17. Oktober, von 10 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr im Verbandsbüro.

Neue Bücher und Zeitschriften

Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht. Verfasser: Clemens Körpe l und Dr. Kurt Gusto. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Inselstraße 6a. Ladenpreis 3,50 Mark, Organisationspreis 2,60 Mark. Bei Bezug ab 25 Stück erhalten die Verbände noch Vorzugspreise.

Eine Schrift unter demselben Titel war bereits in der Reihe der Jugend-schriften des ADGB vor mehreren Jahren erschienen, ist aber heute vergriffen. Nunmehr haben die beiden Verfasser die Schrift vollständig umgearbeitet, neu herausgebracht, und zwar in einer Form, die für jugendliche und erwachsene Gewerkschaftsmitglieder in gleicher Weise geeignet ist. Es ist eine Art Handbuch geworden über die Tätigkeit der Gewerkschaften für den Ausbau des Arbeitsrechts und dessen Stand bis zur Gegenwart. Dabei ist das Buch so geschrieben, daß es durch keine irgendwie gearteten gesetzlichen Veränderungen in seinem Wert beeinträchtigt wird; also eine Lektüreschulung bis zur Gegenwart, und Tatsachen liegen unterirdisch fest. Ein gutes, ein grundrichtiges Buch, das den Ver-fasser alle Ehre macht und das in die Hand jedes Gewerkschaftsfunktionärs gehört. Das Buch eignet sich vorzüglich als Material für Kurse, denn in leicht verständlicher, klarer Sprache ist jede Willkürlichkeit der Darstellung vermieden worden; was leider von manchen anderen Schriften, die für Arbeiter gedacht sind, nicht immer gesagt werden kann. Guter, harter Leinwandband, handliche Größe, klare Schrift auf entsprechendem Papier und ein sehr übersichtliches Inhaltsverzeichnis tun ihr übriges, um diesem vorzüglichen Buche einen dauernden Stand in dem literarischen Rüstzeug jedes Gewerkschafters zu sichern.

Anzeigen

Anklam. Außerordentliche Generalversammlung

am 16. Oktober 1932 um 10 Uhr. Tagesordnung hängt in unserem Geschäftszimmer, Greifsw. Str. 37, aus. Straßen- u. Tiefbau-Genossenschaft e.G.m.b.H., Anklam. I. A.: Paul Sohn.

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge
für den Straßenbau liefern
auch nach außerhalb

Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Die Bezugsquelle für alle

des In- und Auslandes ist für jeden unserer Berufskollegen und seinen Angehörigen die Verlagsgesellschaft des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a. Man wende sich deshalb im Bedarfsfall vertrauensvoll an die genannte Adresse.

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- Sprendlingen. Am 9. September der Steinsetzer Georg Anthes, 66 Jahre alt, Herzschlag.
Flensburg. Am 23. September der Steinsetzer Eduard Hansen, 31 Jahre alt, 6 Wochen krank, Gehirnverletzung.
Hannover. Am 27. September der Steinsetzer Ewald Müller, 43 Jahre alt, 3 Wochen krank, Leber- und Darmkrankung.
Aلسن. Am 29. September der Sandsteinmetz Jakob König, 64 Jahre alt, 3 Wochen krank, Stauhlunge.
Bielefeld. Am 1. Oktober der Steinsetzer Fritz Habighorst, 66 Jahre alt, 6 Monate krank, Rheuma.
Häselich (Sa.). Am 1. Oktober der Maschinen-Steinschläger Erich Rietschel, 26 Jahre alt, 4 Wochen krank, Lungenleiden.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Bindeker, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.